

Islamismus in Deutschland

Eine Herausforderung für die Demokratie

Der Begriff Islamismus ist in der öffentlichen Wahrnehmung und im medialen Diskurs überaus präsent. Hierbei wird Islamismus allzu oft synonym für Islam verwendet, obwohl er lediglich fundamentalistische Ausdrucksformen und Interpretationen des Islam bezeichnet. Durch seine ungenaue und unpräzise Verwendung verliert der Begriff jedoch an Aus-

gekraft. Was genau verbirgt sich hinter dem Begriff Islamismus? Wo hört der Islam auf und wo fängt Islamismus an? Wer sind Islamisten, welche Ziele verfolgen sie und welche Gefahr stellen sie für die freiheitlich säkulare Demokratie dar? Und schließlich, wie beurteilt und welchen Umgang pflegt in Deutschland die muslimische Mehrheit mit dem Islamismus?



REFERENTEN



Bekir Alboga

ist Dialogbeauftragter der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion“ (DITIB)



Aiman Mazyek

ist Generalsekretär des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD)



Thomas Meyer

ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Dortmund und Chefredakteur der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte



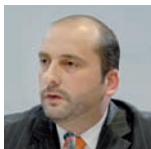
Mathias Rohe

ist Professor für bürgerliches Recht, internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Erlangen-Nürnberg



Ali Ertan Toprak

ist Generalsekretär der Alevitischen Gemeinde Deutschlands



Oguz Ücüncü

ist Generalsekretär der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş

Diese Publikation wurde gefördert durch Mittel der DKLB Stiftung

Oktober 2007

ISSN 1861-8014

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
Referat Berliner Akademiegespräche/Interkultureller Dialog
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Telefon: 030 26935-863

Fax: 030 26935-952

Redaktion: Jörg Schlabach

Fotos: Peter Himsel

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign

Druck: Printservice Produktion

© Friedrich-Ebert-Stiftung



Thomas Meyer

Islamismus, Fundamentalismus und Interkultureller Dialog – Eine Einführung

Das Thema „Islamismus in Deutschland“ bedarf keiner langatmigen Begründung. Ich will daher lediglich ein paar Fragen aufwerfen und den Zugang der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema im Ganzen markieren. Unsere Zielsetzung ist hierbei ein zivilgesellschaftlicher Dialog unter Beteiligung von Wissenschaft, Politik und Medien. Die Friedrich-Ebert-Stiftung orientiert sich in ihren interkulturellen Aktivitäten an drei Grundsätzen der Politik der Anerkennung:

Erstens: Alle hier und überall auf der Welt auftretenden Religionen und Kulturen, religiösen und kulturellen Identitäten haben ein Recht auf die Anerkennung ihres gleichen Wertes als persönliche Orientierungen durch alle anderen.

Der zweite Grundsatz lautet: Diese Anerkennung des gleichen Wertes aller kulturellen und religiösen Identitäten steht unter dem Vorbehalt, dass sich die entsprechenden Gruppierungen und Kollektive selbst an diese Regel halten und im öffentlichen Raum, in ihren politischen und bürgerlichen Engagements rechtsstaatlichen Grundsätzen, den rechtsstaatlichen Grundsätzen der säkularen Demokratie entsprechen.

Drittens: Alle Angehörigen der verschiedenen Religionen und kulturellen Gruppierungen und Identitäten haben das Recht auf einen gleichberechtigten und fairen Zugang zu den Ressourcen und Chancen ihrer Gesellschaft. Eine Politik der Anerkennung hat auch eine sozioökonomische, eine materielle Dimension. Das bezieht sich auf Bildung, auf Arbeit, auf Sicherheit und Mitsprache.



Diese drei intern miteinander verbundenen Grundsätze der Politik der Anerkennung sind unsere Orientierung. Damit ist aber auch zugleich genau die Grenze zwischen demokratiefähiger, demokratieorientierter religiös-politischer Identität und politisch-religiösem Fundamentalismus als einer politischen Machtideologie markiert. Die Kernfrage des interkulturellen Dialogs ist nicht die Frage nach dem Wahrheitsanspruch der Religionen wie beim interreligiösen Dialog, sondern bei dem interkulturellen Dialog geht es um die Bedingungen des solidarischen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher kultureller Identität als gleichberechtigter Bürger im selben Gemeinwesen. Was tragen Angehörige verschiedener kultureller und religiöser Gruppierungen dazu bei, dass wir als Bürgerinnen und Bürger in einem Gemeinwesen friedlich zusammenleben?

Die Ergebnisse der – weltweit – vergleichenden Fundamentalismusforschung sind eindeutig. Sie besagen, dass alle religiösen Traditionen und religiös imprägnierten Kulturen dieser Welt in der Lage sind, Fundamentalismus als eine politische Herrschaftsideologie auszubilden. Sie besagt



gleichzeitig, dass in allen religiösen Traditionen dieser Welt auch andere modernisierende, liberale, demokratie- und menschenrechtsorientierte Traditionen vorhanden sind und eine Rolle spielen.

Alle religiös imprägnierten Kulturen dieser Welt sind heute dynamische, in sich widerspruchsvolle, offene, soziale Diskursräume, in denen viele Arten, die eigene Religion zu verstehen, auf die Gegenwart zu beziehen, anzutreffen sind und in denen unterschiedliche Strömungen miteinander darum ringen, wie sie die Tradition fortsetzen wollen. Wenn eine ausreichende Stärke modernisierender Traditionen vorhanden ist, wird es auch akzeptiert und als der Normalfall der Koexistenz unterschiedlicher Strömungen in derselben religiösen Tradition und kulturellen Tradition interpretiert und anerkannt. Es gibt aber auch überall natürlich Formen des Missbrauchs religiöser Identität zu politischen Herrschaftszwecken, die in der wissenschaftlichen Debatte, auch in der öffentlichen Debatte, überwiegend mit dem Begriff des *Fun-*

damentalismus markiert sind. Es gibt Studien über hinduistischen, buddhistischen, jüdischen, christlichen und konfuzianischen Fundamentalismus.

Im Falle des Verhältnisses von Islam und Islamismus gestaltet sich das schwieriger. Der Unterschied ist semantisch im Klang der Wörter relativ klein, so dass viele, die nicht ganz genau hinschauen, denken: Es ist immer von Islam die Rede, wenn in Wirklichkeit von *Islamismus* die Rede ist. Deswegen ist hier, möglicherweise, der Unterscheidungsbedarf, der Klärungsbedarf in der Sache und auch im öffentlichen Raum umso größer. Wir haben für den Ausdruck *Fundamentalismus* drei Begriffe weltweit: 1) Im südasiatischen und südostasiatischen Raum wird oft von *communalism* geredet: *Islam communalism*, *Hindu communalism* als Fundamentalismus; 2) im französischen Sprachbereich sagt man hingegen *intégrisme*; 3) im Deutschen sagen wir fast ausschließlich mittlerweile *Islamismus*.

Also: Die Verwechslungsfähigkeit durch die große Ähnlichkeit der Begriffe schafft hier ein zusätzliches Problem. Wovon reden wir jeweils? Reden wir wirklich von Islamismus als einer politischen Herrschaftsideologie? Oder reden wir vom Islam als einer Religion und möglicherweise einer Form der Frömmigkeit? Das sind zwei verschiedene Paar Stiefel. Das müssen wir klären. Sonst sind schon durch die Nachlässigkeit des Sprachgebrauchs das Missverständnis und die Entfremdung vorprogrammiert.

Mathias Rohe

Islamismus in Deutschland

Zuerst gilt es, das Problemthema des Islamismus einzuordnen zwischen allzu gängigen Schlagworten von der Islamophobie auf der einen Seite und dem Islamofaschismus auf der anderen Seite. Beides sind Schlagworte, die irgendwo auch auf einen Kern Realität stoßen, die aber in ihrer Vergrößerung mehr verdunkeln als erhellen. Wir haben es beim Islamismus mit einem realen Phänomen zu tun. Zusehends existiert auch eine Debatte über dieses Phänomen, so dass es wichtig erscheint, zu entscheiden, über was wir eigentlich sprechen.

Somit zunächst die Feststellung: Dieser Begriff wird von manchen heftig abgelehnt, und zwar von zwei Seiten her: Nicht wenige Muslime stören sich an dem Begriff des *Islamismus* und sagen, er schaffe einen generellen Verdacht gegen den Islam, Stichwort „Verwechslungsgefahr“. Man werde im Verhältnis zu anderen religiösen Extremisten ungleich behandelt, deshalb sei das eine generelle Brandmarkung von Muslimen. Dem wird man entgegenhalten können, dass der allergrößte Teil der Muslime keinen extremistischen Ideen zuneigt, sie jedenfalls nicht propagiert. Das ergibt sich aus sämtlichen Vorworten der Berichte der Verfassungsschützer, die in aller Regel keinen Grund zu naiver Blauäugigkeit haben. Aber wir stellen auf der anderen Seite fest, dass religiöser Extremismus vorhanden ist. Er ist nicht alleine im Islam vorhanden, aber er ist auch unter Muslimen vorhanden und quantitativ taucht er im Moment, wenn man den Blick über die Welt schweifen lässt, vermutlich in diesem Spektrum am häufigsten auf. Man muss nüchtern zur Kenntnis nehmen, dass muslimische Extremisten nicht mit dem kommunistischen Manifest argumentieren, sondern mit dem Koran.



Die allermeisten Muslime werden diese Handlungsweise selbstverständlich als Missbrauch ihrer Religion einschätzen. Diesen Eindruck teilen sie übrigens mit der übergroßen Mehrheit auch der Bevölkerung in der westlichen Welt. Islam heißt „Hinwendung zu Gott, Unterwerfung unter Gott“. Es heißt allerdings auch nicht „gewaltsame Unterwerfung anderer“, wie einige „Antimuslime“, die auch sehr pauschal denken können, versuchen uns weiszumachen. Sondern es heißt „Selbstunterwerfung unter die Gebote Gottes“. Damit ist die zweite Gruppe erwähnt, die mit diesem Begriff nichts anfangen kann. Sie behauptet, dass es zwischen Islam und Islamismus eigentlich gar keinen Unterschied gebe und der Islamismus die sichtbarste Form des Islam sei. Ich zitiere annähernd wörtlich einen Herrn, der in der Schweizer Zeitschrift *Weltwoche* zugespitzt formulierte: Ein Christ, der Gewalt anwende, sei kein guter Christ; ein Muslim, der keine Gewalt anwende, sei kein guter Muslim. Das scheint mir nun eine Form von undifferenzierter Hetze zu sein, gegen die man sich sicherlich genauso wehren muss wie gegen politische Ideologien, die versuchen, die Fundamente unseres Staats und unserer Gesellschaft zu unterminieren. Neuere repräsentative Umfragen unter der deutschen Mehrheitsbevölkerung zeigen deutlich, dass Angst um sich greift, die einen

erheblichen Anteil zu der Aussage verleitet: Um der Abwehr von Gefahren willen, die aus dem muslimischen Spektrum stammen, müsse man deren religiöse Rechte stark einschränken. Diese Frage ist noch ein bisschen ungestreut formuliert. Aber ich habe ein wenig die Sorge, dass die legitimen, verfassungsmäßig garantierten religiösen Rechte eingeschränkt werden könnten. Es ist sinnvoller einen Begriff wie den des Islamismus zu verwenden, den es mittlerweile übrigens auch im Arabischen gibt, solange hinreichend zwischen Islam und Islamismus unterschieden wird. Das schützt auch Muslime, wenn man darauf hinweist, dass Islam und Islamismus eben etwas nach dem Selbstverständnis aller Nichtislamisten Grundverschiedenes sind.

Aber was ist dieser Islamismus denn eigentlich? Ich kann keine bündige Definition des Phänomens anbieten. Jedoch haben sich schon viele daran versucht. Aber man kann eher beschreiben, als wirklich bündig definieren. Wir reden hier über Islamismus als eine Ideologie, sprich eine Geisteshaltung. Zugleich existieren jedoch fast keine Informationen über genaue Zahlen von Menschen, die dieser Ideologie anhängen, über ihre Mediennutzung, über ihre Einflussmöglichkeiten. Einiges an Informationen wurde zwar zusammengetragen, aber wir stochern noch einigermaßen im Nebel. Der französische Begriff des „intégrisme“ scheint nicht schlecht gewählt zu sein in diesem Zusammenhang, da er die Verbindung der Religion mit einem politischen Machtanspruch betont. Aus Sicht der Islamisten muss das Leben in Staat und Gesellschaft bis in Einzelheiten durchdrungen sein von den Geboten dieser Religion. Der eigentlich springende Punkt bei dieser Sache ist: Sie selbst beanspruchen für sich die Deutungshoheit darüber. Zusammengefasst kann einerseits eine sehr demutsvolle Haltung gegenüber einem Gott konstatiert werden, der nicht persönlich spricht und eine alles andere als demütige Haltung gegenüber allen anderen, die nicht ihrer eigenen Ansicht folgen. Diese Leute beanspruchen schlicht und ergreifend für sich die Macht.

Was heißt dann aber die Verbindung von Politik und Religion? Sie erscheint im Machtanspruch, wobei es hierbei zu unterscheiden gilt zwischen einer religiös motivierten Partizipation an der Gesellschaft, die wünschenswert sein kann, einerseits und der aktiven Bildung und Propagierung eines Gegenmodells zum demokratischen Rechtsstaat andererseits. Es ist bedenkenswert, dass wir uns um der Freiheit willen, wie Böckenförde in einem vielstrapazierten Diktum gesagt hat, uns eine Verfassung gegeben haben, die ihre Voraussetzungen selbst nicht garantieren kann. Wir müssen sie garantieren. Sie muss verteidigt werden von realen Menschen, und es kann auch eine religiöse Motivation hierzu positiv beitragen, wie die Präambel der bayerischen Verfassung beispielhaft zeigt.

Aber auf der anderen Seite kann Religion in manchen Auslegungen und Ausprägungen auch destruktiv wirken – obwohl die Begriffe, mit denen man arbeitet, vielleicht ganz gefällig klingen, wie etwa der Begriff der „gerechten Ordnung“. Aber nicht alles, was unter dieser Flagge der gerechten Ordnung segelt, ist mit dem demokratischen Rechtsstaat in Übereinstimmung zu bringen. Darüber hinaus gibt es in der Tat gewaltbereite Islamisten. Man hat den Begriff des „Dschihadismus“ mittlerweile für diese Richtung geprägt. Bezeichnend ist eine Aussage aus dem Verfahren gegen ein Mitglied der Terrorgruppe Tawhid. Dieser Mann äußerte in einem Telefonat, er wolle den Ungläubigen „die Stirn in ihrem eigenen Hause bieten“ (Zitat). Er sagte zu Abu Mus’ab az-Zarqawi: Wenn du mir den Tod befehlst, dann töte ich. Wir haben es auch bei den Mochtegern-Attentätern in den Vorortszügen im Rheinland gesehen. Es gibt eine sehr viel größere Zahl nicht gewaltbereiter Menschen unter den Islamisten, die dasselbe politische Ziel verfolgen. Beispiel hierfür ist die Befreiungspartei (Hizb at-tahrir), eine Vereinigung, die mit intellektuellem Anspruch auch in Berlin in Erscheinung getreten ist. Ihre Aktivitäten sind mittlerweile verboten, aber die Köpfe gibt es noch.

Es gilt, diese islamistische politische Ideologie abzugrenzen von Menschen, die eine traditionelle Religionsauffassung und Religionspraxis haben. Es existieren zwar Überschneidungsbereiche in der Ideologie, aber hier sollte differenziert werden. Das Gebot der Differenzierung betrifft gerade und nicht zuletzt den Islam. Es gibt einige Muslime, vielleicht nicht die Mehrheit, die einer traditionellen Auffassung ihrer Religionspraxis folgen, wie sie sich an Speisegeboten wie dem Schächten, an religiös motivierter Bekleidung und Weiterem zeigt. Es wäre allzu vereinfachend zu sagen: Jeder, der dieser traditionellen Auffassung anhängt, ist ein Islamist. Alle Islamisten fordern das Kopftuch für die Frau. Aber nicht jeder, der das Kopftuch für die Frau fordert – im Sinne eines freiwilligen Tragen-Dürfens wohlgermerkt –, ist ein Islamist. Die Realität ist komplizierter. Hier bestehen Schwierigkeiten, die sich nicht zuletzt in der Debatte zeigen.

In der Debatte sind zwei Argumentationstränge erkennbar. Einerseits könnte man sagen: Wir brauchen eine religiöse Normalität auch des Islam in Deutschland. So, wie wir im Christentum oder Judentum oder anderen Religionen unterschiedliche Richtungen finden, ist ebenso ein gewisses Spektrum natürlich auch innerhalb des Islam anzutreffen. Zu möglichen Schritten hin zu einer Normalität zählt selbstverständlich der Moscheebau, die Zulassung eines fachgerechten islamischen Schlachtens und Ähnliches mehr. Andere warnen wiederum hiervor nach dem Argumentationsmuster: „Jetzt fangen wir damit an – wo landen wir morgen und übermorgen?“, nach dem Motto: „Heute Kopftuch, morgen Burka“. Wir müssen aufpassen, dass wir die Trennlinien gerade ziehen und auch klarmachen: Welche Spielräume lässt das Recht?

Das Stichwort „islamisches Wirtschaften“ veranschaulicht einleuchtend, dass gleiche Sachverhalte gleich behandelt werden müssen. Manchen wird es nicht gefallen, dass es mittlerweile Islamic Banking auch in Deutschland gibt. Der Staat



Sachsen-Anhalt hat beispielsweise eine islamische Anleihe aufgelegt, indem er über eine niederländische Holding eingestiegen ist. Es sind anscheinend nicht nur Muslime, die ihr Geld da anlegen. So etwas ist prinzipiell nicht bedenklich, wenn es die richtigen Akteure sind, die hier auftreten und die mit diesen Aktivitäten nicht andere bedenkliche Dinge vorantreiben möchten, auf die wir genauer Acht geben sollten. Die Situation ist hier vergleichbar dem Öko-Banking. Ein anders gelagertes konkretes Beispiel ist aktuell eine gemeinsame Erklärung von Juden, Christen und Muslimen in Frankreich zum Thema „Homosexuellen-Ehen und deren Adoptionsbefugnis“, die diese scharf kritisiert. Diese Ablehnung von Homosexualität ist nicht mein Christentum, das hier aufscheint, aber wenn verschiedene Religionsgemeinschaften sich zusammenfinden, dann kann nicht behauptet werden: Das, was die einen machen, wäre Islamismus, das jedoch, was die anderen machen, wäre eine legitime Form der Religionsausübung. Nicht alles, was das Recht erlaubt, ist auch erwünscht, und umgekehrt nicht alles, was unerwünscht ist, darf auch sogleich verboten werden. Die ganze Debatte wird allerdings immer wieder dazu führen und führen müssen, dass wir unsere eigenen Maßstäbe etwas überdenken.

Wie zeigt sich nun der Islamismus konkret in Deutschland? Man kann einerseits froh sein: Wenn man über den Kanal auf die Situation im Vereinigten Königreich schaut – so schlimm ist es bei uns nicht. Man hat hier anders als im UK nicht so sehr und nicht so intensiv weggeschaut von

bedenklichen Entwicklungen. Auch die sozialen Verhältnisse, das Maß an Integration sind deutlich unterschiedlich. Das Thema ist hier gefasst als: Wir sollen über die Probleme sprechen, wobei diese nicht den allergrößten Teil der Muslime betreffen, die hier in diesem Land leben und die keine Islamisten sind. Das muss man sich immer wieder vor Augen halten. Aber es gibt auch diese. Und wir treffen auf ein Umfeld, von dem wir nicht wissen, wie groß es ist, das aber formbar und lenkbar ist, das ideologisch in die eine oder auch andere Richtung geführt werden kann.

Islamismus in Deutschland heißt jedoch fast schon in erster Linie: das Internet. Jeder, der sich kundig machen möchte und sich vielleicht auch radikale bis radikalste Ideen eines religiösen Extremismus begeistern möchte, wird im Internet schnell fündig. An meinem Lehrstuhl haben wir uns die Mühe gemacht, einmal eine CD von wirklich den schrecklichsten Dingen zu brennen, und wir haben geschaut: Wie lange braucht man, bis man das Material zusammen hat, zum Beispiel die Verfilmung der Enthauptung eines Soldaten im Irak? Man findet Entsprechendes in kürzester Zeit. Dieser Bereich ist noch kaum erforscht, obwohl, wie ich annehme, in Zukunft ein ganz starkes Augenmerk auf dieses Segment gelegt werden muss. Das Internet stellt insbesondere für die Jugend, nicht nur unter Muslimen, die primäre Informationsquelle dar. Jedenfalls müssen wir uns darauf einstellen, dass gerade in diesem Bereich das Brutalste im Grunde fast sanktionslos, weil man die

Leute nicht kriegt, weitergegeben werden kann. Die Aktivitäten im Internet reichen von Gewaltpropaganda einzelner extremistischer Organisationen bis hin zu Geldsammlungen für Extremisten in Herkunftsländern. Die richten ihre Gewalt meist nicht gegen Deutschland – für die ist das hier eher der Ruheraum –, sondern versuchen in anderen Teilen der Welt ihre politische Ideologie durchzusetzen. In Deutschland können lediglich einzelne Moscheevereine, die solchen extremistischen Ideologien anhängen, ausgemacht werden. Des Weiteren existieren extremistische Ideen, die in Vorträgen und in Printmedien publiziert werden. Man kann Werke von Sayyid Abu l-A'la al-Maududi, Sayyid Qutb, Mohammed Rassoul oder auch Ahmad von Denffer durchaus häufig lesen und erhalten. Das sind Publikationen, die mehr als nur zulässige Zivilisationskritik enthalten. Sie beinhalten vielmehr eine Propagierung einer Gegengesellschaft mit extremen Segregationstendenzen und sind deshalb entsprechend gefährlich.

Zugleich haben Muslime auf der anderen Seite ein schwieriges Diskussionsklima. Sie sind in Deutschland eine Minderheit. Es gibt Ängste und einen Argumentationsdruck auf sie als Diaspora-Muslime zum Beispiel aus Saudi Arabien oder anderen Teilen der muslimischen Welt. Diese Stimmen sagen: Lasst euch nur nicht von dieser verderbten westlichen morallosen Umgebung vereinnahmen, habt nicht zu viel Kontakt mit denen, sondern versucht, euch möglichst separat zu halten, bildet eure eigenen Institutionen, akzeptiert nicht die Urteile dieser ungläubigen Richter und Ähnliches mehr. Das ist einer der prominentesten, unlängst verstorbenen saudischen Muftis, Muhammad ibn al-Uthaymeen, der auf diese Art und Weise Propaganda macht und dessen Werke in englischer Sprache auf der ganzen Welt zu lesen sind. Dass diese Leute Geld und Manpower haben, zeigt sich daran, dass ich einen Kleinkrieg in Wikipedia führe. Es gibt einen Eintrag unter „Muhammad ibn al-Uthaymeen“, und ich habe mir erlaubt, einen Satz dazu zu schreiben: Bedauerlicherweise erstellte er Rechtsgutachten (fatwa) für Muslime in



Europa, die geeignet sind, massiv gegen Europäer aufzuhetzen. Das steht nicht länger als ein paar Stunden drin, dann ist es wieder weg. Ich habe das mehr als zehnmals wiederholt, in größeren Zeitabständen. Schlussfolgernd heißt dies, dass es gibt Leute, die das Internet screenen und versuchen, ihre Ideologie weltweit durchzusetzen. Insofern ist Deutschland natürlich auch kein Ruheraum. Wie könnte es so sein?

Um die Sache weiter zu komplizieren: Es gibt einige Begriffe, die allzu schnell einen Islamismusverdacht auslösen können. Nehmen Sie den Begriff des „Dschihad“ oder der „Scharia“. Man hört gelegentlich allzu plakativ die Gegenüberstellung „Scharia oder Grundgesetz“ oder „Scharia oder demokratischer Rechtsstaat“. Nun muss man natürlich sagen, dass es in der klassischen und zum Teil auch noch in der modernen Auslegung von Scharia-Normen – das sind alle religiösen und rechtlichen Normen des Islam – höchst bedenkliche Anteile einerseits gibt, aber andererseits vieles, was auch aus Sicht eines demokratischen Rechtsstaats überhaupt kein Problem ist. Dagegen fünfmal am Tag zu beten, oder gegen das Almosengeben sagt keiner was. Das heißt, es ist wichtig, genau nachzufragen: Was ist eigentlich gemeint mit Scharia? Welches sind die konkreten Inhalte, mit denen dieser Begriff gefüllt werden soll? Man wird von gläubigen Muslimen nicht erwarten können, dass sie diesen Begriff in Bausch und Bogen verdammen, wenn da auch die fünf Säulen des Islam erfasst sind. Sondern hier wird mehr Präzision benötigt.

Man wird hier tatsächlich nur weiterkommen können, wenn die Fragen konkret werden. Wenn klar ist: Wie positioniert man sich zu dieser Hausordnung, zu dieser gemeinsamen Geschäftsgrundlage des demokratischen Rechtsstaats? Islamisten halten dem ihr Gegenmodell entgegen und sagen: Islam verträgt sich nicht mit Demokratie. Welche Auswirkungen hat das? Das hat, erstens, die Auswirkung, dass irgendwelche selbsternannten Religionsgelehrten für sich die politische



Macht beanspruchen und dass für andere in diesem Staat kein Platz ist – allenfalls ein Eckplätzchen als Geduldete. Beleg hierfür ist ein Buch aus dem geistigen Umfeld des verbotenen Kalifatsstaats namens „Die islamische Verfassung“, in dem man solche Äußerungen in aller Klarheit nachlesen kann. Es enthält Aussagen, die so weit gehen, dass den Ungläubigen, wie Christen und andere genannt werden, eine spezielle Steuer auferlegt werden soll, wie sie das islamische Mittelalter gekannt hat und wie sie in der Neuzeit nicht mehr vorkommt. Das sind Tatsachen, die eine mehrheitlich nicht muslimische Gesellschaft nervös machen kann wie aber auch die allermeisten Muslime, die so etwas hören.

Diese Leute haben auch spezifische Vorstellungen über die Geschlechterrollenverteilung, wobei hierbei allerdings fließende Übergänge zu manchen traditionalistischen Auffassungen bestehen, was einer schwierigen Abgrenzung bedarf. Darf beispielsweise gesagt werden: Es ist besser, wenn die Frau zu Hause bleibt? Bis wohin kann man das steigern? Muss man das steigern, um es rechtswidrig zu machen? Ich habe andererseits im Fernsehen vor der letzten Bundestagswahl die Aussage eines Niederbayern gehört: Eine Kanzlerin, eine Frau? Da hatte er schon Bedenken; das war evident kein Muslim. Wir sehen also: An dieser Stelle müssen wir aufpassen.

Es gibt gefährliche Ideologien und Bilder, die geeignet sein können, Menschen gegen den unerlässlichen Grundkonsens aufzubringen. Auf der



anderen Seite gibt es neben diesem Grundkonsens ein breites Spektrum an Argumenten, an Lebenshaltungen und Handlungsmöglichkeiten. Und nicht alles, was einem nicht schmeckt und rein passt, kann sogleich mit den Mitteln des Rechts angegangen werden. Mir scheint, viele Themen sind in der gesellschaftlichen Diskussion besser aufgehoben, da in der Gesellschaft mehr Überzeugungsbildung stattfinden kann als mit den Mitteln des Rechts. Jedenfalls da, wo das Recht sicher manchmal notwendigen Zwang als letztes Mittel ausübt.

Solch ein Zwang zeigt sich bei dem Verbot einer Organisation, wobei ihre Gedanken damit noch nicht verboten, sondern noch vorhanden sind. Deswegen ist es auch so eminent wichtig, dass alle, die sich mit Bildung beschäftigen, sich die Frage „Was heißt Islam hier und heute für Muslime?“ vor Augen führen und die Stimmen zu Wort bringen, die hilfreich wirken können. Zu denen zu zählen ist nicht eine Autorin wie Emine Şenlikoglu, deren Werke eine vergleichsweise hohe Verbreitung in diesem Lande finden und die sich so drastisch gegen europäische nichtislamische Lebensformen und Gesellschaften äußert. Der Islam muss herrschen und darf nicht beherrscht werden. Daraus leitet sie allerlei Dinge ab. Solange man solchen Leuten Raum durch Vorträge oder durch die Verbreitung von Publikationen gibt, darf man sich nicht wundern, wenn man Stirnrunzeln hervorrufft.

Ein gewisser extremer Höhepunkt in dieser Richtung ist der bereits erwähnte Imam der Berliner An-Nur-Moschee, der mittlerweile nicht mehr in Berlin lebt, der sie gegründet und dreizehn Jahre unter uns hier gelebt hat. Er hat ein Buch verfasst, in dem rechtliche Verhältnisse für Muslime im Westen thematisiert werden. Der Imam schreibt konkret über die Situation in Deutschland, dass das deutsche Sozialsystem beispielsweise eigentlich eine schöne Sache sei. Aber wenn man genau hinschaut, sei es fürchterlich, denn es beinhalte die Möglichkeit, dass Frauen von ihren Männern finanziell unabhängig sein können. Das könnte man vielleicht noch unter „Harmlosigkeiten“ verbuchen, aber die andere Aussage nicht mehr: dass eine junge Muslimin, die hier in Deutschland einen Nichtmuslim heiratet, bestraft werden müsse. Wie wir wissen, ist nach traditionellem islamischem Recht diese Form der Ehe bestehend aus Muslimin und Nichtmuslim verboten. So etwas schreibt der Imam einer in Berlin gegründeten Moschee, die in einigen Staatsschutzverfahren in den letzten Jahren etwas in Verruf geraten ist. Deswegen habe ich mich etwas gewundert, dass in einer Broschüre, namens „Islamisches Gemeindeleben in Berlin“, im vergangenen Jahr herausgegeben, das erste größere Bild einer Moschee, der An-Nur-Moschee, zu sehen ist. Der Zufall will es so unter der Textpassage: Die Berliner Moscheevereine werden zunehmend als bedeutende Ansprechpartner für Fragen der Sicherheit und der Kriminalprävention, aber auch der Integrations- oder Bildungspolitik wahrgenommen. Realsatire ist nichts dagegen.

Dennoch muss man aufpassen an dieser Stelle! Man tut Musliminnen und Muslimen in dieser Gesellschaft keinen Gefallen, wenn man hier nicht genau hinschaut. Es gibt ein Gefahrenpotenzial, das man nicht übersehen darf. Wir werden die Debatte über den Islam in diesem Lande und in Europa ohne den Sicherheitsaspekt nicht mehr führen können. Dennoch kann nicht von einem Religions- oder Kulturgraben an dieser Stelle gesprochen werden, sondern von Haltungen von

Menschen zu der Frage, ob sie ihre religiösen Vorstellungen mit welchen Mitteln in der Gesellschaft durchsetzen können. Ich glaube, an dieser Stelle müssen wir ansetzen. Dafür bedarf es auch einer größtmöglichen Transparenz.

Transparenz von allen Seiten ist gefordert. Ich habe großes Verständnis dafür, dass Sicherheitsbehörden lieber mal genauer und schneller hinschauen, auch wenn sich nachher irgendeine zunächst anscheinende Gefahrenlage als eine nur scheinbare entpuppt. Das ist ein normales Geschäft. Das Polizeirecht spricht von Anscheinsgefahren oder Anscheinsstörungen. Auf der anderen Seite hielte ich es aber auch für außerordentlich hilfreich, wenn die Souveränität bestünde, wenn der Anfangsverdacht sich nicht bestätigte, dies entsprechend nach dem Motto publik zu machen: Wir hatten gute Gründe hinzuschauen, es gab Hinweise; es hat sich aber gezeigt, dass an der Sache nichts dran ist. Und das in einer ähnlichen Art und Weise auch medial zu vermitteln, damit man nicht einen Personenkreis gegen sich aufbringt, den man lieber als Verbündeter gewinnen sollte. Von muslimischer Seite ist es auch dringend erforderlich, dass der nichtmuslimischen Bevölkerungsmehrheit erklärt wird, was mit bestimmten Begriffen konkret gemeint ist. Es hat wenig Sinn, über die Frage der Integration zu debattieren. Ich weiß nicht, was Integration heißt. Man muss es in konkrete Themenfelder einbringen, wo die Dinge sehr unterschiedlich jeweils liegen können. Auf diese Art und Weise sollte man versuchen, genau zu sortieren: Wer ist Gefahrenpotenzial? Wer pflegt einen Lebensstil, den manche als etwas rückständig oder merkwürdig empfinden mögen, der aber zum zulässigen normalen Spektrum einer freiheitlichen Gesellschaft gehört? Wenn diese Sortierung nicht möglichst passgenau vorgenommen wird, dann verringern wir das Potenzial, das wir brauchen, um die gemeinsamen Grundlagen dieser Gesellschaft zu tragen, in unnötiger Weise.



Zusammengefasst ist das Geschäft, wie immer, ein schwieriges. Es muss sich im Alltag bewähren. Ich denke, man kommt vielleicht doch am weitesten, wenn man Menschen in der gebotenen Sachlichkeit die Gelegenheit gibt, sich auszutauschen und ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Ein wichtiger Punkt ist zudem, dass für religiöse Menschen ihre Religion große Bedeutung hat, jedoch auch, dass sie über andere Bezugspunkte und Identitäten verfügen. Ein Teil der Probleme mit dem Islamismus und seiner Attraktivität in manchen Umfeldern rührt daher, dass man sich sehr eindimensional definiert. Man ist eben lediglich ein religiöser Mensch. Oder man wird so definiert. Wir reden in diesem Rahmen fast nicht mehr über Ausländer, wir reden jetzt über Muslime. Da gibt es schon einen gewissen Shift in der öffentlichen Wahrnehmung. Je mehr Menschen nur sich eindimensional verstehen, desto mehr besteht die Gefahr, dass in schlechten Zeiten Menschen bereit sind, übereinander herzufallen oder sich nicht mehr gegenseitig zu respektieren, weil sie jeweils geschlossene Einheiten bilden. Es ist wichtig, und da muss unsere Gesellschaft insgesamt Beiträge leisten, dass wir versuchen neu auszuloten: Welches ist unser unerlässlicher gemeinsamer Grundkonsens? Was sind die Normen und Werte, die wir einheitlich haben müssen, damit diese freiheitliche Ordnung weiter bestehen kann? Wie viel Pluralität ist wünschenswert, ja vielleicht sogar notwendig, um uns auch gemeinsam voranzubringen? Wohlgedenkt, hoffentlich auf einer möglichst breiten Basis.

Diskussion: Was ist Islamismus?

Teilnehmer:

Oguz Ücüncü, Bekir Alboga, Aiman Mazyek, Ali Ertan Toprak, Mathias Rohe

Die Frage nach der Definition des Phänomens Islamismus ist eine entscheidende, wenn man Muslime und Islamisten nicht gleichsetzen will. Wo hört ziviler Islam auf und wo fängt Islamismus an? Wer sind Islamisten und was verstehen Muslime in Deutschland unter Islamismus?

Die Versuche, sich dem Islamismus anzunähern, sind vielseitig. Das Phänomen wird im Folgenden als sozial, politisch und/oder anthropologisch beschrieben. Der Generalsekretär der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş **Oguz Ücüncü** zählt zu



Islamismus, „wo die Linie zur Gewalt überschritten wird“ und „wenn Allmachtsphantasien zum Ausdruck kommen“. Diese Allmachtsphantasien münden dann wiederum in einen Gegenentwurf zur jeweiligen Gesellschaft, der beinhalte jeden zu seinem Glück nach islamistischem Verständnis zwingen zu wollen. Der Dialogbeauftragte der DITIB, **Bekir Alboga**, betont mehr die politische Seite. Islamisten sei ein Verständnis von der Einheit von Religion und Staat zu eigen, das dann in ein Konzept eines islamischen Staates oder einer



islamischen Ordnung münde, wobei „in der Hauptquelle des Islam, im Koran und in der Sunna, so ein politisches Konzept nicht vorgeschrieben ist“. Der Prophet Mohammed hat, nach **Albogas** Worten ein Verständnis von Islam genau beschrieben. „Der Islam gründet sich auf fünf Säulen. Da ist keine Rede von Politik, keine Rede vom Staat, keine Rede vom Dschihad.“ Der Versuch der Definition des Islamismus durch den Generalsekretär des Zentralrats der Muslime, **Aiman Mazyek**, kann als präziser betrachtet werden. Er fasst Islamismus als eine politische Ideologie, die seine Religion, den



Islam, missbrauche und für Machtergreifung oder für Veränderungen in der Gesellschaft instrumentalisieren. Es gebe jedoch eigentlich keine klare Definition, wie ein islamischer Staat auszusehen habe. **Mazyek**: „Sie können nicht den Koran aufschlagen und sagen: Das sagt er zu Demokratie oder nicht. Er lässt das offen. Islam ist mehr oder eben nicht in diesen Kategorien zu verhandeln.“ Der Generalsekretär der Alevitischen Gemeinde Deutschlands, **Ali Ertan Toprak**, schildert Islamismus aus seiner spezifischen Erfahrung als von



Islamisten diskriminierter Alevit. Er berichtet beispielsweise von Aleviten, die zusammengeschlagen wurden, da sie im Fastenmonat Ramadan nicht fasten. Die Gewalterfahrung und die Ablehnung als ein religiös Anderer prägten sein Verständnis von Islamismus. **Prof. Mathias Rohe** ergänzt diese eher politischen und sozialen Verständnisse von



Islamismus um ein weiteres, indem er die Biographien von Islamisten, sprich ihre persönlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen, hervorhebt. Islamistische Ideologien wirken auf ihre Anhänger auf Grund ihrer Geschlossenheit und ihres starken Sendungsbewusstseins (gerade auf Grund ihres Anspruchs einer exklusiven Deutungshoheit) attraktiv. Daneben sei noch das subjektive Empfinden der islamistischen Akteure, die sich oft als Modernisierungsverlierer begreifen und an einer wahrgenommenen Ausgrenzung leiden, bemerkenswert. Solches Empfinden, dem häufig mangelnde Zugangsmöglichkeiten zur Mitte der Gesellschaft zu Grunde lägen, resultiere aus einer wahrgenommenen Demütigung durch den „Westen“. Als Folge stelle sich eine Haltung des „Sich-Wehrens“ ein, die sich gerade in der jeweiligen islamistischen Ideologie ausdrücke.

Wie wird Islamismus von Muslimen in Deutschland beurteilt?

In der deutschen Öffentlichkeit wird Islamismus gemeinhin als eine Gefahr betrachtet. Wie jedoch sehen Muslime den Islamismus? Welche Gefahren sehen Muslime für die muslimische Gemeinschaft?

In der öffentlichen Wahrnehmung wird oftmals die ablehnende Haltung gegenüber dem Islamismus auf alle Muslime durch Stereotype übertragen. Hier wird gemeinhin von Islamophobie gesprochen. Zugleich besteht die Schwierigkeit für muslimische Organisationen, wie sie mit den vorhandenen islamistischen Einstellungen auch in ihren eigenen Reihen umgehen sollen. Einerseits stellt der Islamismus eine Herausforderung für die Öffentlichkeit dar, Islam und Islamismus nicht zu verwechseln, zum anderen sind muslimische Organisationen angesprochen, einen eigenen Umgang mit dem Phänomen zu finden.

Aiman Mazyek erklärt den Islamismus als Extremismus für „mindestens genauso gefährlich“ für die deutsche Öffentlichkeit wie für die muslimische Gemeinschaft. Er ruft dazu auf, sich nicht nur alleine durch eine klare Ablehnung mit Pamphleten und Pressemitteilungen zur Wehr zu setzen, sondern eine „*tiefergehende Auseinandersetzung*“ anzustrengen. Hierzu soll, seiner Ansicht nach, von einer „*falschen Strategie*“ Abschied genommen werden und endlich die moderaten, friedlichen Muslime in die Mitte der Diskussion gebracht werden. Es bedürfe weiter einer politischen, innermuslimischen Debatte über die islamistischen Bewegungen, um diese Ideologien, die reine Machtergreifungsinstrumente seien und den Islam auf „*irgendwas, was ein Staatsgebilde ausmacht*“, reduziert, zu widerlegen. Darüber hinaus moniert **Mazyek** eine „Art Verdächtigungskultur“, da nicht mit der „*nötigen Trennschärfe*“ zwischen Muslimen und Islamisten unterschieden werde und eine nötige Differenzierung zu wenig Anklang in der Öffentlichkeit finde. Der Vertreter der Milli Görüş, **Ücüncü**, unterstreicht die Notwendigkeit einer öffentlichen und ebenso innermuslimischen Auseinandersetzung. Zugleich beklagt er die öffentliche Diskussion, die seine Organisation vorverurteile, wenn sie aktuell Islamismus als Problem diskutiere. Weiter erklärt **Ücüncü**, dass er wie andere moderate Muslime, die nach Partizi-

pation an der deutschen Gesellschaft suchen, unter Druck von Islamisten zu leiden hätten. Sie würden von diesen mit polemischen Aussagen bedacht, die sie nicht als „Ungläubige, sondern vielmehr als Götzendiener“ verunglimpften. Jedoch streicht er die Anstrengungen heraus, „in der eigenen Organisation, in den eigenen Reihen, auch in der islamischen Community“ sich mit dem Phänomen Islamismus auseinanderzusetzen. **Ali Ertan Toprak** von der Alevitischen Gemeinde betont, dass „der Islam kein monolithischer Einheitsblock“ sei. Er ruft die muslimischen Organisationen zu Aufrichtigkeit auf und fordert die Muslime auf, aus einer Position der „Opferrolle“ herauszufinden, indem sie jegliche Bezeichnungen mit dem Begriff „Islamophobie“ zurückwiesen und keine Kritik, sei sie auch überzogen und beleidigend, aushielten. Die Anerkennung gleicher Religionsfreiheit bzw. des religiös Anderen sei die „Messlatte“, an der sich muslimische Organisationen zu messen hätten. **Bekir Alboga** von der DITIB verneint die Frage, ob der Islamismus eine Herausforderung für den Islam in Deutschland und die Demokratie darstelle. Die Mehrheit gegen jeden Extremismus sei in Europa wie in der muslimischen Welt so stark, dass hier keine Gefahr bestehe. Die Debatten würden schon bald dem Ende entgegen gehen, was infolgedessen „unsere Lage in Deutschland auch entspannen“ würde. Die Frage nach dem dschi-

hadistischen Terrorismus erklärt Alboga jedoch nicht für erledigt. Im Kampf gegen den Terrorismus sei die Zusammenarbeit der muslimischen Dachorganisationen, des Bundeskriminalamts und des Bundesamts für Verfassungsschutz eminent wichtig. Hier müssten alle Akteure, muslimische wie andere, zusammenstehen und der „Öffentlichkeit die Botschaft“ überbringen: „Wir werden den Terrorismus bekämpfen und uns dabei nicht in die Irre führen lassen. Und alle zusammen: mit Ämtern und muslimischen Organisationen. Da können Sie uns viel Erfolg wünschen.“

Welcher Umgang soll mit anderen Religionen und der Mehrheitsgesellschaft gepflegt werden?

Bekir Alboga von der DITIB betont eine öffentliche Rolle des Islam, der „zu allen Lebensbereichen seine Meinung sagen“ müsse. Seinem Islamverständnis zufolge, das die Anpassungsfähigkeit akzentuiert, hat der Islam „die Kraft, sich zu versöhnen, sich zu vereinen, sich weiterzuentwickeln, ohne dabei seine eigene islamische Identität aufzugeben“. Er wünsche sich eine Förderung der muslimischen Gemeinschaft vergleichbar den christlichen Institutionen, um die Effizienz der erfolgreichen Integrations- und Sozialarbeit wie beispielsweise der Frauenarbeit muslimischer Institutionen zu steigern, da sie alleine das nicht bewältigen könnten. Denn, so erklärt **Alboga**, „wenn wir den Extremismus in jeder Hinsicht bekämpfen möchten, nicht nur den Islamismus, sondern den Extremismus – auch Islamfeindlichkeit ist ein Extremismus in diesem Lande, der bekämpft werden müsste –, können wir das nur gemeinsam schaffen.“. Der Generalsekretär des Zentralrats, **Mazyek**, wirbt dafür, „die Muslime in die Mitte der Gesellschaft zu bringen“ und „sie in der Auseinandersetzung als Partner zu begreifen“.



Was wir aber erleben, sei eine Marginalisierung der Muslime, wobei man dabei „den Fundamentalisten auf den Leim“ gehe. Der Koran beinhaltet nach seinem Verständnis „eine ganze Menge der Menschenrechte“, wie beispielsweise das Recht, „eine Religion anzunehmen, eine andere zu nehmen oder gar keine zu haben“, durch die Formulierung, „Es gibt keinen Zwang im Glauben“. Der Zentralrat habe sich dadurch, wie in seiner Islamischen Charta ersichtlich, deutlich positioniert. In der Praxis habe sich das auch bewährt, als die Frage durch eine Konversion zum Christentum in Afghanistan virulent wurde. **Mazyek** bekräftigt diese Haltung, indem er die islamrechtliche Strafbarkeit der Apostasie kontextualisiert. Diese Regelung entstamme der Frühzeit des Islam, „wo der Abfall vom Glauben als eine Art Fahnenflucht“ zu verstehen gewesen sei. Eine Konversion komme in diesem Kontext einer Desertion gleich. Dies ist „im heutigen zeitlichen Kontext nicht mehr zu sehen“. Nach seinem islamischen Verständnis zeige sich bezüglich der Menschenrechte lediglich ein „Ableitungsunterschied“, da die Muslime glaubten, dass sie über „den Souverän Gott“ entstanden seien. **Oguz Ücüncü** von der Milli Görüş erklärt eindeutig: „Wir leben in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Es ist ja schon ein Skandal, dass es Leute gibt, die das scheinbar noch



nicht begriffen haben.“ Er verdeutlicht am Beispiel des Antisemitismus, das er als gesellschaftliches Phänomen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft betrachtet, wie eine Öffnung seiner Organisation aussehen kann. „Wenn ich zum Beispiel die Imame frage, ob sie an die Auschwitzlüge glauben oder nicht, und dann verzagt Hände hochgehen nach dem Motto ‚die Zahlen glaube ich nicht ganz‘ dann diskutiert man mit diesen Menschen.“ Er frage dann weiter, ob sie schon einmal ein Konzentrationslager besucht hätten und sie verneinten, was er auf ihren kulturellen Hintergrund aus der Türkei zurückführte. Er werbe dann für Aufklärung, die Verständnis und Diskussionen schaffen müsse, wobei auch Grenzen aufgezeigt und Konsequenzen gezogen werden müssten.

Bisher erschienen:

- Nr. 1 Globale Demokratisierung und die Rolle Europas
- Nr. 2 Religion und Politik
Wandlungsprozesse im transatlantischen Vergleich
- Nr. 3 Die Zukunft des Sozialstaats
- Nr. 4 Ländervergleich von Modellen Sozialer Demokratie
- Nr. 5 Gerechtigkeit in der kulturell pluralistischen Gesellschaft
- Nr. 6 Weltethos und Weltfriede
- Nr. 7 Lokaljournalismus und Kommunalpolitik:
Ganz nah am Wandel der Gesellschaft
- Nr. 8 Braucht Deutschland Religion?
- Nr. 9 Das neue Grundsatprogram der SPD
Herausforderungen und Perspektiven
- Nr. 10 Fundamentalismus
- Nr. 11 Vollbeschäftigung und Gloablisierung – ein Widerspruch?
- Nr. 12 Werte und Verantwortung von Eliten in Wirtschaft,
Wissenschaft und Politik
- Nr. 13 Vorsorgender Sozialstaat
- Nr. 14 Öffentliche Güter – was ist des Staates?
- Nr. 15 Parteiprogramm und politisches Handeln
Der „Bremer Entwurf“ für ein neues
Grundsatprogram der SPD in der Debatte
- Nr. 16 Klimapolitik: Die Sicherheitspolitik des
21. Jahrhunderts?
- Nr. 17 Grundwerteforum21: Gerechtigkeit –
Gesellschaftliche Ausgrenzung – Armutspolitik?
- Nr. 18 Die Zukunft der Mitgliederpartei in Europa

